

**Gründung**  
 1878 als „Kreiszitung“ von  
 und Feiertags.

**Besatzpreis**  
 monatlich 3,50 RM. frei im  
 Haus; durch die Post-  
 bezogen 3 RM. 25 Pf.

**Wochenpreise** 25 Pf.  
 Einzelnummern kosten  
 10 Pf.

# Kreis-Zeitung

für den Ober-Taunus-Kreis.

**Anzeigenpreis**  
 die vier-spaltige Samstag-  
 zeile oder deren Raum 20  
 Pf.; im Nachdruckteil die  
 Zeile 35 Pf. — Nach-  
 laß bei öfteren Wiederhol-  
 ungen. — Laufende Wohn-  
 ungsanzeigen nach Ueberein-  
 kunft.

**Geschäftsstelle**  
 Luisenstraße 76, Fernruf 414  
 Postfachkonto Nr. 11965  
 Frankfurt a. M.

## Keine Konflikte.

D. R. K. Vor einigen Tagen hieß es, die Regierung habe der Obersten Heeresleitung aufgetragen, von Wilhelmshöhe nach Berlin zu übersiedeln und den General Eberhardt zur Disposition zu stellen, weil er gegen die USR und gegen die Abzeichen der Revolution Stellung genommen habe.

Das Verlangen nach der Ueberführung ist entweder gar nicht gestellt oder als unpraktisch unter den jetzigen Verhältnissen zurückgezogen worden. Dagegen wird jetzt ein Erlaß Hindenburgs an das stellvertretende General-Kommando des 18. Armee-Korps veröffentlicht, in dem er davon ausgeht, daß nach dem Beschlusse der Reichskonferenz die Bundesstaatsdelegierten bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung die USR als Repräsentanten des Volkswillens zu gelten haben. Ohne jeden Vorbehalt nimmt er diesen Grundsatz für die ihm anvertraute Armee an und weist sie deshalb darauf hin, daß Konflikte mit diesen Körperschaften zu vermeiden sind. Die Festsetzung von Persönlichkeiten, die zu den USR gehören, durch die Kommando- und Truppen wird strengstens verboten. Wenn nun die Mitglieder der Räte in unzulässiger Weise in die Maßnahmen der Kommando- und Truppen eingreifen, so soll dies unverzüglich der Obersten Heeresleitung gemeldet werden. Die Reichsregierung ihrerseits ist ersucht worden, die Räte anzuweisen, daß sie den militärischen Anforderungen der Kommando- und Truppen für die Rückführung der Truppen nachkommen und sich jeden eigenmächtigen Eingreifens enthalten. Ebenso dürfen aber auch die Kommando- und Truppen nicht in die Angelegenheiten der Räte eingreifen. Beschwerden in dieser Richtung sind an die stellvertretende General-Kommando zu richten. Da eine scharfe Abgrenzung der Befugnisse nicht möglich ist, muß erwartet werden, daß von den Truppen des Feldheeres unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse nichts unternommen wird, was Erregung unter der Bevölkerung hervorzurufen könnte. Dies gilt im besonderen auch hinsichtlich des Vorgehens gegen rote Fahnen und Abzeichen. In diesen soll, wenn sie in würdiger Form gezeigt und den Truppen etwa in Gestalt von Blumen zur Begrüßung dargebracht werden, abgesehen von Anstoß genommen werden, wie dies von den USR und von der Bevölkerung hinsichtlich anderer Abzeichen und Flaggen erwartet werden muß.

Kann es eine ruhigere, eine losere Regelung von Streitfragen geben, um die sich an einigen Stellen jetzt die Gemüter erhitzt haben? Seid untertan der Obrigkeit — diese Weisung stellt Hindenburg an die Spitze seiner Anordnung, und da wir bis zur Nationalversammlung keine andere Obrigkeit in Deutschland haben, als die USR und ihre Organe, so gebührt diesen einstweilen der Respekt, den wir bisher den früheren staatlichen Behörden zu sollen hatten. Daraus folgt alles weitere ganz von selbst. Allerdings besteht Hindenburg auch auf Gegenseitigkeit, da sonst die Zurückführung der Heere in die Heimat ernstlich in Frage gestellt würde, eine Auffassung, in der ihn die Reichsregierung sicherlich gern unterstützen wird. Um so ängstlicher sollte die Ausprägung von Gerüchten vermieden werden, die nur Mißtrauen und Zwietracht zwischen Volk und Heer erzeugen können. So war z. B. in der Donnerstagsitzung der Berliner Soldatenräte behauptet worden, im Westen seien Freiwilligenkorps in der Bildung begriffen mit der Aufgabe, nach Berlin zu marschieren und hier „die Anarchie zusammenzutrommeln.“ Gespenster einer aufgewegten Phantasie, nichts weiter, aber doch wohl geeignet, gläubige Gemüter zu beunruhigen.

## Aus französischen Königssälen.

Skizzen von G. von Malyahn

(Fortsetzung und Schluß.)

Unter Hochrufen umringten ihn die Truppen. Aber der oberste Kriegsherr stand, keiner Anrede fähig, vor den Mannschaften. Je weiter er sich vom Schlosse entfernte, desto kühler empfing man ihn. Immer feindlicher ward die Haltung. Drohende Rufe wurden laut. Einige Getreue eilten herbei und stellten sich in doppelter Reihe vor ihn, um ihn zu schützen. Als er, seinen ganzen Mut zusammennehmend, zu Worte zu kommen suchte, ward er überhört. Aus toben Gesichtern funkelte ihm teuflischer Haß entgegen. Verwünschungen klangen die Rote heulte ihn an. Bis zu den Fenstern des königlichen Arbeitskabinetts klang das Toben und Wüten herauf. Einer der Herren war zum Fenster geeilt. Marie Antoinette erhob sich. Der Minister schlug das Fenster zu, aber die Königin hatte die furchtbare Drohung schon gehört. Verzweifelt sank sie auf einen Sessel nieder. Diese letzte Regue war der größte Fehler, der in der Geschichte der vergangenen Monate gemacht worden war.

Da trat der König ein. Betäubt, fassungslos, Schweißtropfen auf der Stirn.

Jeder, der ihn in diesem Augenblick sah, sagte sich, daß der Schritt, den er getan, nicht anders enden konnte. Hätte er die Königin in ihrer stolzen Frauenschönheit und Majestät, den Kronprinzen in seinem kindlichen Liebreiz bei sich gehabt, diese zwei hätten möglicherweise noch erreicht, was ein Mann wie Ludwig XVI. in einem solchen Moment niemals erreichen konnte. Und während er schlief und kraftlos, ein Gebrochener, unter seinen Ministern stand,

gen. Unsere Fußsoldaten, die bis zuletzt in Dreck und Schlamm ausgehalten und die schwersten Entbehrungen aus Liebe zum Vaterlande willig auf sich genommen haben, kennen jetzt nur den einen Wunsch: nach Hause, endlich wieder in ruhige und geordnete Zustände. Jeder, der ihnen dabei im Wege steht, kann auf alles andere eher rechnen als auf ihre Zustimmung. Deshalb haben wir alle die Pflicht, auf Ordnung zu halten im Lande, genau so, wie Hindenburg das Heer in Ordnung hält, so lange es noch nicht wieder ausgegangen ist in die Gesamtheit des deutschen Volkes.

Auch sein neuester Aufruf an die Kameraden, der ihnen über die Vorarbeiten zu einem großzügigen Siedlungswerk berichtet als Dank des Vaterlandes für die heimkehrenden Krieger, dient diesem Zweck. Wer bis zu seiner ordnungsmäßigen Entlassung seine Pflicht getan, der soll eine Heimstätte erhalten, je nachdem, wenn er Landwirt, Gärtner, ländlicher Handwerker ist, auf dem Lande, wenn er städtischer Arbeiter, Angestellter, Beamter ist, in Gartenstädten und Gartenvorstädten, wo er durch schwere, aber auch lohnende und freudige Arbeit sich sein Glück selbst schmieden kann. Freie Herren auf deutschem Grund und Boden sollen sie werden. Nur noch eine kurze Zeit Geduld! „Helst unserem munden Vaterlande über seine schwerste Zeit hinweg, rettet es noch einmal durch deutsche Manneszucht und deutschen Ordnungssinn, dann bereitet Ihr eure eigene Zukunft, euer eigenes Glück.“ So ruft Hindenburg allen seinen Söhnen zu. Wenn sie es gut mit sich selbst meinen, werden sie auch jetzt auf ihn hören, wie sie es bisher immer getan haben.

Die größte Ehrfurcht schulden wir diesem Manne, sagte Scheidemann am letzten Sonnabend vor Tausenden von Unteroffizieren, die sich ganz im Sinne Hindenburgs der neuen Regierung zur Verfügung stellten. Ein Volk ehrt nur sich selbst, wenn es seinen bewährten Führern treu bleibt.

## Der Waffenstillstand.

Johns Ultimatum.

Haag, 4. Dez. (Priv. Tel.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: „Daily News“ schreibt, daß die Gerüchte, John habe Deutschland ein Ultimatum gestellt, nicht sehr wahrscheinlich seien. Marshall John habe nicht die Macht, selbst wenn er den Wunsch hätte ein weiteres Ultimatum zu stellen. Seine Aufgabe bestehe lediglich darin, die Bedingungen des Waffenstillstandes auszuführen und durchzusetzen und eventuell einige Veränderungen anzubringen, wenn sie nötig seien. Alles übrige sei die Aufgabe der Friedenskonferenz. Und wenn es zu einer Besetzung Berlins käme, die man in Deutschland befürchte, so könne es allein durch eine Bestimmung der Friedenskonferenz geschehen. Dasselbe gelte auch von einer Besetzung Wiens durch die Italiener.

Von der Armee Madajen.

Budapest, 4. Dez. (Priv. Tel.) Feldmarschall von Madajen ist gestern mit seinem ganzen Stab in Arab eingetroffen. Die Entwaffnung der Armee wird durch deutsche Militärkommissionen wahrscheinlich in Szolnok erfolgen. Der Generalstabschef Madajens, Oberst Schwarztoppen, verhandelt hier über die eventuelle Internierung. Ron Arab reist Madajen vorläufig nach Großwardein.

johlte die Waise ihre furchtbare Forderung heraus: „Absehung — oder Tod!“

Im selben Augenblick stürzten Gardeoffiziere herein, gefolgt von dem Generalprokurator Koederer, und beschworen die Majestäten, die Tuilerien zu verlassen.

„Eure Majestät haben keine fünf Minuten zu verlieren“, wandte sich Koederer an Marie Antoinette. „Nur die Nationalversammlung bietet Ihnen noch Sicherheit!“

Mit Entrüstung wies die Königin den Vorschlag zurück. Ihr stolzer Sinn häuete sich gegen die Zumutung der Unterwerfung unter den Willen des Vöbels auf. Das Verlassen der Stätte des Thrones erschien ihr gleichbedeutend mit der Tat freiwilliger Abdankung. Lieber wollte sie im Glanz der Krone verbluten, als sich dieser Gewalt beugen.

Aber der Generalprokurator wiederholte seine Warnung.

Sie konnte sich nicht entschließen. Er zog die letzten Konsequenzen.

„Weiß bis in die Lippen schrie sie auf: „Gott bewahre mich davon!“

In einem Augenblick ward sie dunkelrot und freideckte. Alles war in Aufruhr in ihr. Beinahe fuchsig fluchte sie den König an, sich an die Spitze der treuen Garde zu stellen.

Unentschlossen, unter dem Eindruck des letzten deprimierenden Erlebnisses, erklärte er, ohne sie das Schloß nicht verlassen zu können.

Sie rang, sie kämpfte mit ihm, alle Ueberredungskünste, deren ein Weib fähig ist, aufbietend.

Er war seines Entschlusses mehr fähig. „Wir wollen gehen“, sagte er nassen Auges.

Die Tränen stürzten ihr über die Wangen. Ein letztes Mal suchte sie ihn zu überwinden. Aber es gibt eine

Frankfurt a. M. neutrale Zone.

Frankfurt a. M., 5. Dez. (Priv. Tel.) Oberbürgermeister Boigt hat folgendes Telegramm des Staatssekretärs Erzberger erhalten:

Nach solchen eingetroffenen Meldung der Waffenstillstandskommission in Spaa fällt Frankfurt nicht in besetztes Gebiet, sondern in die neutrale Zone.

## Aufenthalt im besetzten und neutralen Gebiet.

Nach Erkundigungen die die „Frankf. Ztg.“ eingezogen hat, gelten für den Aufenthalt im besetzten Gebiet folgende Bestimmungen:

Besetztes Gebiet.

Die bisherigen Vereinbarungen der Waffenstillstandskommission hinsichtlich des Aufenthaltes wehrpflichtiger Personen in dem vom Feinde zu besetzenden Gebiet bejagen:

1. Alle bei Abschluß des Waffenstillstandsabkommens im vom Feinde zu besetzenden Gebiet befindlichen Personen wehrpflichtigen Alters können bei Besetzung des Landes wohnen bleiben, auch wenn sie vor dem Kriege noch nicht dort gewohnt haben, sondern erst während des Krieges zugezogen sind.

2. Alle nach Abschluß des Waffenstillstandsabkommens entlassenen und zur Entlassung kommenden Offiziere, Militärbeamten und Mannschaften dürfen nur dann in dem vom Feinde zu besetzenden Gebiet sich aufhalten, wenn sie schon vor dem Kriege dort ansässig waren.

3. Entlassene Mannschaften usw., denen nach vorstehenden Ziffern 1 und 2 die Rückkehr oder das Verbleiben im vom Feinde zu besetzenden Gebiet nicht möglich ist, werden, wenn sie den Jahrgängen 1896/99 angehören, von den Bezirkskommandos wieder eingezogen und im Korpsbezirk bei ihrer Waffengattung wieder eingestellt. Zu diesem Zweck haben sich die in Frage kommenden Mannschaften bei ihren zuständigen Bezirkskommandos zu melden. Anderen Jahrgängen steht der Wiedereintritt frei.

4. Alle entlassenen Militärpersonen müssen vorchriftsmäßige Entlassungspapiere haben. Als ordnungsmäßig gelten nur Militärpapiere, die lediglich mit dem Adlerstempel und der Unterschrift der entlassenden Dienststelle versehen sind. Unterschrift und Stempel des Arbeiter- und Soldatenrates erkennt der Feind nicht an.

Neutrales Gebiet.

Im neutralen Gebiet, also auch für Frankfurt, gelten freiere Bestimmungen als im besetzten Gebiet. Im neutralen Gebiet können sich alle ordnungsmäßig entlassenen Militärpersonen, ohne Rücksicht auf die Jahrgänge und den früheren Wohnort, aufhalten. Sonst gibt es im neutralen Gebiet keine den Aufenthalt behindernde Bestimmungen. Es kommt also nicht darauf an, ob die Männer hier früher gewohnt haben oder nicht. Alle Leute, also auch Studierende, die nicht mehr unter der Fahne weilen, dürfen im neutralen Gebiet bleiben, gleichgültig, ob sie gedient haben oder nicht. Selbstverständlich muß die Entlassung ordnungsmäßig erfolgt sein. Natürlich können auch die Frauen im neutralen Gebiet bleiben.

Die Waffenstillstandskommission teilt mit: Die Franzosen erkennen im besetzten Gebiet mit Brückenköpfen bei entlassenen Militärpersonen Entlassungspapiere nur an, wenn sie von einem Truppenteil oder einer militärischen Behörde ordentlich ausgestellt und gestempelt sind. Die

Schwäche, die unüberwindlich ist, weil das Selbstbewußtsein zerstört ist. Ludwig XVI. blieb dabei: „Wir wollen gehen!“

Da nahm sie den Kronprinzen und die kleine Madame Royale bei der Hand und folgte ihm.

Verzweifelt sah sie auf Koederer: „Sie stehen mir für die Person des Königs, Sie stehen mir für meinen Sohn ein!“

Der Royalist verneigte sich tief. „Madame“, erwiderte er, „ich gelobe, an Ihrer Seite zu sterben! Das ist das Einzige, wofür ich einstehen kann!“

Dann stand sie auf der Schwelle des Raumes, der in dunkler Zeit Zeuge ihrer Schmerzen gewesen. Noch einmal weifte ihr Blick auf der Stätte verklungener Herrlichkeit, auf den Bildern der Bourbonenkönige, die aus goldenen Rahmen auf die Rot der Entfelter hier nieder blickten. „Après nous le déluge!“ („Nach uns die Sündflut!“). hatte einer unter ihnen in lästerlichem Leichtsin gesprochen, — wie bald hatten sich seine Worte erfüllt!

Und dann geleitete Koederer sie die Marmortreppen hinauf. Hätte sie geahnt, daß es Männer gab, die seine Ansicht nicht teilten, die noch nicht alle Hoffnung aufgaben, das Königtum aus den Wirren dieser Nacht zu retten, sie hätte die Stätte des Thrones nicht lebendig verlassen.

In der weiten Saaltür hatte während der letzten beiden Stunden ein junger Offizier gestanden. Das markhafte, gebräunte Antlitz des Südranzosen drückte rücksichtslose Energie und Entschlossenheit aus. Mit wachsender Teilnahme ruhten die dunklen Augen auf der schönen, verzweifelten Frau, die sich mit jeder Faser dagegen sträubte, doch man ihren Königsmantel in den Staub zu über es lag nicht in seiner Macht, ihr zu helfen. Untätig mußte er den heißen Kampf zwischen Mutterliebe und

jenigen Militärpersonen, die von Soldatentäten unterzeichnete Entlassungspapiere vorzeigen, werden nach den Meldungen der Armeen und nach sonstigen Nachrichten bisher nicht anerkannt und rüchlos interniert. Der französische General Rubant hat mündlich erklärt, daß die von Soldatentäten gestempelten Entlassungspapiere, wenn sie nachträglich von deutschen Lokalbehörden (Bürgermeister, Polizei, Kreisämter usw.) anerkannt würden, Gültigkeit haben sollen. Aus diesem Grund ist es zweckmäßig, daß alle Militärpersonen, die Entlassungspapiere vom Soldatentat haben, sich von der nächsten deutschen Lokalbehörde diese Entlassungspapiere bescheinigen lassen.

Auf verschiedene Anfragen von Zivilbehörden, ob der Zivilbevölkerung Schußwaffen belassen werden können, wird zur Kenntnis gebracht, daß Einziehung aller Waffen der Zivilbevölkerung in dem zu besetzenden Gebiet durch die besetzende Macht zu erwarten ist. In der neutralen Zone haben die örtlichen Polizeibehörden hierüber zu bestimmen. Das Waffenstillstandsabkommen sieht nichts vor.

Trotz mündlicher und schriftlicher Vorstellungen hat General Rubant entschieden, daß verwundete und kranke Militärpersonen, die sich in den Bädern der besetzten Gebiete und Brückenköpfe noch befinden, innerhalb der vorgeschriebenen Fristen die Bäder, falls sie transportfähig sind, zu räumen haben. Es empfiehlt sich, daß sämtliche in Betracht kommenden Militärpersonen sich sofort auf Transportfähigkeit untersuchen lassen und gegebenenfalls die in Frage kommenden Orte alsbald verlassen, da an eine Wiederholung dieser Bestimmungen nicht zu denken ist.

### Der Rückmarsch der Fronttruppen.

#### Das letzte Regiment über den Rhein.

Köln, 3. Dez. (W. B.) Das letzte Regiment zieht über den Rhein. Ueber eine Woche sind die Heereskolonnen von der Westfront über Köln und Umgegend nach Osten zu marschieren. Als letzte geschlossene Formation ließ heute mittag kurz nach 4 Uhr das Inf. Regt. Nr. 371 die Stadt und zog über die Dombbrücke ins bergische Land. Aus diesem Anlaß wurde eine Abschiedsfeier vor dem Südportal des Domes veranstaltet. Hier hatten die Schulen Aufstellung genommen und eine ungemein große Menschenmenge umfäumte den Platz, um den letzten scheidenden Truppen ein Lebewohl nachzurufen. Die Militärkapelle spielte und Soldaten sangen Chöre. Der Beigeordnete Albrecht als Vertreter des Oberbürgermeisters, gab namens der Stadt dem Regiment den letzten Abschiedsgruß mit auf den Weg. Er sprach seinen Dank aus für ihre heldenhafte Verteidigung des Vaterlandes. Als unbesiegte Truppen kehrten sie zurück und verließen nun die Stadt, welche der fremden Besetzung entgegenhalten muß. Er sprach die Hoffnung auf nicht zu fernes Wiedersehen aus und gab den scheidenden Truppen die Versicherung, daß, wie auch die Verhältnisse sich gestalten mögen, das linke Rheinufer deutsch bleiben und ein untrennbarer Bestandteil des deutschen Reiches bleiben werde. Der Regimentskommandeur erwiderte mit einer kurzen Dankrede und mit einem Hoch auf die Stadt Köln. Die erhebende Feier wurde geschlossen mit dem Vortrage des altniederländischen Dankgebetes durch die Musikkapelle vereint mit dem Schützengesang. Das Rote Kreuz verteilte Gaben. Junge Mädchen verteilten Blumen an die Truppen, welche mit offenen Fahnen in den deutschen Farben, mit Blumen und Fähnchen geschmückten Gewehren im Paradezug vorbei defilierten, um den Weg über die Dombbrücke zu nehmen, fortwährend mit lauten Zurufen von dem Publikum begrüßt. Viele Augen wurden feucht. Unverkennbar machte sich die tiefe Demut geltend, daß es ganz anders gekommen ist, wie man noch vor nicht allzulanger Zeit hoffte.

### Ein Abschiedsersaß des früheren Kronprinzen.

Berlin, 3. Dez. (Priv.-Tel.) Unter dem 11. November hat der bisherige Kronprinz sich mit folgendem Ersatz von seiner Heeresgruppe verabschiedet:

Herrschertum mit ansehen. Als sie sich endlich dem Willen ihres schwächlichen Gemahls fügten, suchte es wie verhaltene Leidenschaft über das Antlitz des Fremden. Die Geschichte übermittelt der Nachwelt ein Wort dieses Mannes, das er in bezug auf die Begebenheiten des 10. August deren Augenzeuge er gewesen, geriet: mit zwei Schwestern Schweizerin und einigen berittlenen Garabiten hütete er es auf sich genommen, den Reutereien einen Denktettel zu geben, dessen sie sich ungenügend erinnern würden, — eine fähne Behauptung, aber eine gewaltige Zeit rechtfertigte sie: Napoleon Bonaparte hatte gesprochen.

Im Glanz der Morgenröte verließen die Bourbonnen die Tuilleries.

„Wir kommen wieder!“ rief Ludwig XVI. den zurückbleibenden treuen Dienern zu, und das Kind von Frankreich winkte mit der kleinen Hand: „Wir kommen wieder!“

Unter strömenden Tränen wandte sich Marie Antoinette ein letztes Mal um. Eine Ahnung sagte ihr, daß sie die Königsfalle der Tuilleries nie wieder betreten werde. Sie sah den Pöbel mordend und plündernd in dem alten Schlosse laufen, sah das Lilienbanner im Staube und den ertönten Thron.

Ihre Ahnung betrog sie nicht. Während der langen erstickenden Stunden in der Nationalversammlung, wo der Souverän seiner Macht entscheidet und der Monarchie das Todesurteil gesprochen wurde, härmte das Volk das Schloß.

Als der Tag sich neigte, fand eine glühende Liebe vergangener Jahrhunderte ins Grab.

Durch die ausgebrannten Bogenfenster fiel das Nordlicht auf den zerstörten Thron der Bourbonnen. Die Nacht schritt durch den heimlichen Torbogen. Mit einem letzten Blick auf die verlorene Stätte wanderte sie durch die verengten Gärten.

An meine Armeen! Nachdem S. M. der Kaiser den Oberbefehl niedergelegt hat, bin auch ich durch die Verhältnisse gezwungen, nun da die Waffen ruhen, von der Führung meiner Heeresgruppe zurückzutreten. Wie immer bisher, so kann auch heute ich meinen tapferen Armeen, jedem einzelnen Mann nur aus tiefstem Herzen danken für ihren Heldennut, für die Opferfreudigkeit und Entfagung, mit der sie allen Gefahren ins Auge gesehen und alle Entbehrungen willig für das Vaterland ertragen haben, in guten und in bösen Tagen. Mit dem Waffen ist die Heeresgruppe nicht befestigt. Hunger und bittere Not haben uns bezwungen. Stolz und hochgehobenen Hauptes kam meine Heeresgruppe den mit dem besten deutschen Blut erkämpften Boden Frankreichs verlassen. Ihr Schild, ihre Soldatenehre ist fadenlos und rein. Ein jeder sorge, daß sie es bleibe, hier und später in der Heimat! Vier lange schwere Jahre durfte ich mit meinen Armeen sein in Sieg und Not, vier lange Jahre gehörte ich mit ganzem vollem Herzen meinen treuen Truppen. Tief erschüttert scheid ich heute von ihnen und neige mich vor der gewaltigen Größe ihrer Taten, die die Geschichte einst in flammenden Worten den späteren Geschlechtern linden wird. Nun steht zu Euren Führern treu wie bisher, bis ihr Befehl Euch freigeben kann für Weib und Kind, für Heimat und Herd! Gott mit Euch und unserem deutschen Vaterland!

Der Oberbefehlshaber, gez. Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen.

### Vom Kronprinzen Rupprecht.

Frankfurt a. M., 4. Dez. (Priv.-Tel.) Der „Frankf. Ztg.“ wird aus München berichtet: Ueber den Aufenthaltsort des Kronprinzen Rupprecht sind in letzter Zeit mancherlei wilde Gerüchte umgegangen. So hieß es unlängst, er sei nach der Schweiz geflüchtet und habe dort Besprechungen mit ausländischen Staatsmännern. Alle diese Gerüchte sind, wie der „Bayerische Kurier“ mitzuteilen weiß, irrig. Kronprinz Rupprecht hat bis nach dem Waffenstillstand bei der Truppe ausgeharrt und sich dann nach Bayern begeben, wo er sich auch jetzt aufhält, und zwar auf einem ungenannten Schloß. Das Blatt macht dann noch verschiedene interessante Angaben, aus denen folgendes wiedergegeben sei: Kronprinz Rupprecht hat, wie in engeren Kreisen bekannt ist, in vielen militärischen, politischen und namentlich auch in der Friedensfrage seit langem einen Standpunkt eingenommen, der vielfach von dem in Berlin und bei der Obersten Heeresleitung herrschenden, abwich. Zum erstenmal trat er nach der zweiten Sommerkriese im Jahre 1916 entschieden für einen Friedensschluß ein. Es fiel damals aus seinem Munde das authentische Wort, der beste Erfolg für uns bestünde darin, wenn der Krieg wie das Hornberger Schießen ausginge. Mit besonderem Nachdruck beauftragte er in den ersten Monaten des jetzigen Jahres die Einbahnung eines Friedens mit der Begründung, der Augenblick, in dem unsere Truppen im Osten frei würden, sei als besonders günstig anzusehen, nicht für eine Offensive, sondern für ein Friedensangebot. Kronprinz Rupprecht hat diese Anschauung auch in einer Denkschrift an den Reichskanzler vertreten und in einer anderen dringlichen Vorstellung, die er schriftlich an den Kaiser richtete, in der er mit besonderem Nachdruck die Ansicht vertrat, wir müßten unbedingt Frieden schließen. Die Antwort erfolgte auf dem Umweg über die Oberste Heeresleitung. Daß Kronprinz Rupprecht militärisch ja manchmal im Gegensatz stand zur Auffassung der Obersten Heeresleitung, besonders zu Ludendorff, ist kein Geheimnis. In einem schärferen Konflikt kam es im letzten Frühjahr. Kronprinz Rupprecht stand bei seinem Vormarsch gegen Amiens vor der Vollenbung des Durchstoßes, mit dessen Gelingen er bestimmt rechnete und bestimmt rechnen konnte, als die Nachricht von Ludendorff eintraf, daß der Vormarsch einzustellen sei. Ludendorff hatte nämlich den Befehl gegeben, daß die Heeresgruppe deutscher Kronprinz wieder anzugreifen habe. Was ihn dazu veranlaßte, ist unklar. Es ist auch schließlich kein Geheimnis, daß man im Hauptquartier des Kronprinzen Rupprecht Ludendorff seit langem dahin einschätzte, daß ihm zwar eine ganz ungeheure Willenskraft eigen sei, die

Eine dunkle Edelrose hatten die Flammen verschont. Duftend blühte sie unter den Fenstern Marie Antoinettes. Da regte ein Lüftchen das dürre Hochsommerlaub. Die Zentifolie der Königin von Frankreich entblätterte. — Sinnend blühte die Nacht darauf nieder. Wie Blutstropfen hing's in den Zweigen. Von Notre Dame schlug es zwölfe. Ein Seuzer verließ in den Gärten der Tuilleries, eine unsichtbare Hand schloß die goldenen Gitter. — Fin du siecle. — E n d e. —

### Vunte Blätter.

— Ein deutscher Luftpostdienst. In nächster Zeit will man, so berichtet das Berliner Tageblatt, dazu übergehen, einen Luftpostdienst einzurichten, der Berlin mit allen größeren Städten verbinden soll. Es ist zunächst in Aussicht genommen, drei Linien festzulegen, die die Reichshauptstadt mit dem Süden, Osten und Westen Deutschlands verbinden. Man wird zur Beförderung der Post die während des Krieges bewährten schweren Flugzeuge benutzen, die eine Nutzlast bis zu sechzig Zentnern zu befördern vermögen, um einerseits möglichst viel Poststücke senden zu können, andererseits den Preis für die auf dem Luftweg beförderten Briefe nicht allzu hoch schrauben zu müssen.

— Rückgang der Geburten in Berlin während des Krieges. In Berlin ist die Zahl der Geburten vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1917 gesunken von 42.492 auf 19.453, die Zahl der Todesfälle gestiegen von 28.067 auf 34.122 (ohne die Gefallenen und im Lazarett Gestorbenen). Hatte im Jahre 1913 die Zahl der Lebendgeborenen in Berlin die der Gestorbenen um 12.736 übertrifft, so übertrifft umgekehrt im Jahre 1917 die Zahl der Toten die der Geborenen um 15.397.

aber durch eine entsprechende Verstandschärfe nicht ausgeglichen werde. Ja man kam zu dem Ergebnis, daß Ludendorff strategisch nicht auf der Höhe sei. Es kam zwischen dem Kronprinzen Rupprecht und Ludendorff zu Reibungen und vom Sommer ab waren alle Beziehungen zwischen dem Kronprinzen und Ludendorff abgebrochen. Noch in den letzten Tagen des Krieges hat Kronprinz Rupprecht es durchgesetzt, daß von einer wahnwitzigen Idee Abstand genommen wurde. Man hatte auf deutscher Seite neue Brandbomben erfunden, von denen jeder Flieger mehrere tausend Stück mit sich führen konnte. Damit wollte man noch kurz vor dem Waffenstillstand Paris beschießen und wenigstens ein Viertel in Brand setzen. Kronprinz Rupprecht ist entschieden dagegen aufgetreten und hat auch beim Reichskanzler Vorstellungen erhoben. Das Ergebnis war, daß Herr v. Hinzpfe zu Ludendorff fuhr, und daß die neuen Bomben nur in kleinem Maßstabe zur Anwendung gelangten.

### Wilson unterwegs.

Washington 4. Dez. (W. B.) Reuter. Wilson in Begleitung von Frau Wilson ist am Dienstag abend von Washington abgereist, um sich am Mittwoch an Bord des Dampfers „George Washington“ zu begeben, der sofort abfahren wird. Vor der Konferenz wird der Präsident mit Lloyd George, Clemenceau, Orlando und wahrscheinlich auch mit König Albert verhandeln. Er beabsichtigt Frankreich, einschließlich der Schlachtfelder, England, Italien, möglicherweise auch Brüssel zu besuchen. Eine amerikanische Flottille wird Wilson vor der französischen Küste entgegenfahren und den Dampfer in den Hafen begleiten. Lansing, Henry White und Kontradmiraal Granjon begleiten den Präsidenten.

Amsterdam, 4. Dez. (W. B.) Reuter meldet aus Brest, daß Wilson am 12. Dezember nachmittags an Land gehen wird. Es werden ihm militärische Ehren erwiesen. Er wird im Namen der Regierung von Pichon, Lengues und Laidieu empfangen werden. Der Zug des Präsidenten wird um 1 Uhr morgens in Paris eintreffen.

### Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 5. Dez. 1918.

#### Stadterordneten-Versammlung

vom 4. Dezember.

An der Beratung haben teilgenommen 26 Stadterordnete, darunter die aus dem Felde zurückgekehrten Herren Weiskar, Dr. Wertheimer, Dr. Wolff und Prof. Dr. Spiland. Vom Magistrat waren zugegen Oberbürgermeister Lübbe, Bürgermeister Feigen, die Stadträte Artz, Braun, Braunschweig, Hüdmann und Zimmerling. Punkt 1 der Tagesordnung betrifft die Kontrolle der städtischen Verwaltung durch den Arbeiterrat (von dem zwei Mitglieder anwesend sind) und Verfügung des Herrn Ministers des Innern betr. Weiterbestehen der Gemeindebehörden.

Der Vorsitzende macht die Versammlung mit einer Reihe von Vorgängen bekannt, welche die Stadterwaltung durch die Umwälzung berührt haben.

Stadtv. Dippel gibt eine, die Kontrolle der städtischen Verwaltung durch den Arbeiterrat betreffende formelle Erklärung ab, woraus zu entnehmen ist, daß trotz der Umgestaltung, Magistrat und Stadterordnete nach wie vor tagen und beschließen. Die Versammlung hat sich aber damit einverstanden zu erklären, den Arbeiterrat als Instruktor anzunehmen. Der Landrat und der Oberbürgermeister hatten sich schon früher dazu bereit erklärt. Stadtv. Dippel fügt hinzu, die Versammlung könne davon überzeugt sein, daß der Arbeiterrat nichts Ungebührliches stellen werde. Dann fragt er den Vorsitzenden, ob er dessen Mitteilung an die Versammlung als eine Erklärung betrachten könne, daß die Bedingung angenommen wurde.

Der Vorsitzende, Dr. K ü d i g e r erwidert: Wir stellen uns auf den Boden der gegebenen Tatsachen, weil das Ganze und sein Wohl uns höher stehen muß, wie die eigene seelische Verfassung.

Oberbürgermeister Lübbe stellt der Versammlung Herrn Baurat Fehre vor und eröffnet diesem, daß Magistrat und Stadterordnetenversammlung in der vorangegangenen geheimen Beratung einstimmig beschlossen haben, ihn als Baurat anzustellen.

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Fehre und hofft auf ein erfrischendes Zusammenwirken. Baurat Fehre dankt und bemerkt, daß er erst wenige Tage im Amte sei. Man werde die Schwierigkeit, sich in die Lage zu finden, begreifen wenn er sage, daß er von Osten komme und vier Jahre lang den Krieg mitgemacht habe. Da sei es nicht ganz leicht vom Soldaten zum Baurat zu gelangen. Er bitte deshalb um Nachsicht und Unterstützung besonders seitens der Baudeputation.

Ohne Erörterung wird, dem Magistratsvorsitzschlag gemäß, dem Arbeiterrat zur Bestreitung laufender Ausgaben ein Voranschlag von wöchentlich 300 Mk. gewährt. (Ausführung wird verlangt und Belege sind zu sammeln) dem Steuerbüro ein Credit von 945 Mark und zur Beschaffung von Brennmaterial für das Rathaus 1400 Mark bewilligt. Für den Arbeiterrat erklärt Stadtv. Dippel, daß man die Ausgaben auf das notwendige beschränken und mit peinlicher Genauigkeit darüber detaillierte Angaben machen werde.

Der fünfte Punkt der Tagesordnung betrifft die Herstellung des Oberstedterweges in Kirdorf. Erforderlich dazu sind 3500 Mark. Die Vorlage ist bereits von allen Kommissionen längere Zeit bearbeitet worden. Stadtv. D e n s e l d nennt die Herstellung des Weges eindruckende Notwendigkeit und bittet, die Kosten zu bewilligen. Gleichzeitig erinnert er an die Instandsetzung der Fußgasse im Stadtteil Kirdorf, die seit längerer Zeit aufgebrochen sei.

Ramens der Baudeputation erklärte Stadtv. Schlottnet, daß man an dem erwähnten Weg einen

Sängerzeitig habe schaffen wollen. Die Abficht sei ge-  
wollert, da der dazu nötige Geländestreifen nicht zur  
Herstellung des Weges zu bewilligen und damit  
nicht zu säumen, da hier eine Notstandsarbeit in Betracht  
kommt. Die Baudeputation hoffe auch dem Wunsch des  
Stadts. Denfeld auf Instandsetzung der Fußgasse zu ent-  
sprechen.

Der diesbezügliche Magistratsantrag, die Kosten für  
die Herstellung des Weges zu bewilligen, wird angenom-  
men.

Der sechste Punkt betrifft die Errichtung eines  
städtischen Friedhofes. Zwei Plätze kommen  
für die Errichtung in Betracht: der „Ehrenfriedhof“ im  
Hardtwald und ein Gelände in den „Herrenäcker“ am  
Gludensteinweg. Hier sind Grunderwerbskosten ausge-  
schlossen, da es sich um städtisches Eigentum handelt.  
Der Platz im Hardtwald liegt entfernt von der Stadt,  
doch dürfte der längst geplante Ausbau der Elektrischen  
Bahn nach Friedrichsdorf den Verkehr erleichtern. Das  
Gelände in den Herrenäcker liegt näher, doch würde durch  
die Errichtung eines Friedhofes eine nicht unbedeutende  
Störung der landwirtschaftlichen Benutzung entzogen. Die  
Kosten für die Anlage werden auf etwa 150 000 Mark ge-  
schätzt, wozu am Gludensteinweg, nach dem Bericht des  
Sanitäts, noch 1000 Mark hinzukommen. Eine Kommission  
wird sich mit dem Projekt vorberatend beschäftigen. Zur  
Gebörden an vom Magistrat, Oberbürgermeister Lübbe, die  
Stadträte Artabin, Braunschweig, Zimmerting und Bau-  
rat Fehre. Die Versammlung wählt dazu aus ihrer Mitte  
die Stadtverordneten Schlottner, Schid, Weisbar, Müller,  
Prof. Dr. Sprand, Becker, Denfeld, Huff und Debus.

Oberbürgermeister Lübbe bemerkt, daß die Vorlage  
des Planes zu dem Friedhofe verfrüht sei. Dieser gehöre  
zunächst an die jetzt gebildete Kommission. Möglich wäre,  
daß diese andere Plätze, die geeigneter erscheinen, vorschla-  
gen würde. Er habe das nur sagen wollen, damit eine  
Diskussion einstweilen zurückgestellt wird.

Ein Antrag des „Homburger Gewerbevereins“ bezweckt  
die Vornahme zurückgestellter Arbeiten,  
an Arbeitsgelegenheit für kleinere Meister, die aus dem  
Krieg zurückgekommen sind, zu schaffen. Der Magistrat  
hat 20 000 Mark vorausbewilligt um die Facharbeiter zu  
beschäftigen, womit sich die Versammlung einverstanden  
erklärt. Im Anschluß daran werden die Vorschläge des  
Magistrats, die Ausführung von Notstandsarbei-  
ten betreffend, angehört und angenommen.

Der 9. Punkt der Tagesordnung betrifft die Er-  
höhung des Gaspreises ab 1. Januar. Aus dem  
Bericht des Gas- und Wasserwerks ist zu entnehmen, daß  
die Kohlenpreise abermals gestiegen sind, und daß die  
Stadt einen höheren Gaspreis (0,37 Wg.) zu zahlen hat.  
Aus allem ergibt sich ein Mehr von 6200 Mark. Außer-  
dem wurden für die Notstandsarbeiten mehr Arbeiter ein-  
gestellt, was eine Mehrausgabe an Lohn von 800 Mark  
bedingte. Der Magistratsantrag wird angenommen, den  
Gaspreis vom 1. Januar ab um 1 Pfennig pro Kubik-  
meter zu erhöhen.

In die Kommission zur Vorbereitung der durch die  
Demobilisation sich ergebenden Arbeiten hat der  
Magistrat drei seiner Mitglieder, Oberbürgermeister  
Lübbe und die Stadträte Braun und Rödel gewählt.  
Die Versammlung wählt die Stadtverordneten Schlottner,  
Schid, Fischer, Menges, Weisbar und Dippel.

Der 11. Punkt betrifft die Lohnregelung der

städtischen Arbeiter. Der Magistrat hat be-  
schlossen, für den Achtstundentag denselben Lohn als wie  
für die bisherige zehnstündige Arbeitszeit zu gewähren.  
Außerdem werden folgende Lohnsätze genannt: für männ-  
liche Arbeiter über 21 Jahre 8 Mk., für weibliche 7 Mk.;  
für männliche Arbeiter über 16 Jahren 7 Mark, für weib-  
liche 5 Mk.; für männliche Arbeiter unter 16 Jahren 4  
Mark, für weibliche 3 Mark.

Stadts. Behle glaubt, daß die eben gehörten Lohn-  
sätze (die höheren wenigstens) eine enorme Belastung be-  
deuten würden. Eine solche Summe könne nicht bewil-  
ligt werden. Ein Lohnsatz von 8 Mark sei entschieden  
zu hoch.

Oberbürgermeister Lübbe erwidert, daß der Kreis  
mit der Bewilligung der genannten Sätze schon voraus-  
gegangen sei. Man möge die heutigen Kosten des Unter-  
halts einer Familie berücksichtigen. An sich wären 8 Mk.  
das, was zur Fristung der Existenz erforderlich sei.

Stadts. Dippel meint, Stadts. Behle habe hinsicht-  
lich der Belastung schon recht. Man könne ihr aber nicht  
aus dem Wege gehen, sonst würden die Leute der Er-  
werbslosenfürsorge zur Last fallen. Eine Reduktion der  
Löhne könne nicht in Betracht kommen.

Stadts. Everts hält den Abbau der Lebensmittel-  
preise für wichtig, womit die Franzosen, nach den Zei-  
tungsberichten, in den besetzten Gebieten unerbittlich be-  
gonnen hätten. Er bittet den Magistrat um Festsetzung  
neuer Höchstpreise. Die seitherige Regierung habe aller-  
dings Höchstpreise festgesetzt, die aber ignoriert worden  
wären.

Stadts. Dr. Wolff kann sich mit den Lohnsätzen,  
specially für Arbeiter über 16 Jahren absolut nicht ein-  
verstanden erklären und beantragt Vorberatung durch die  
Kommission.

Dazu bemerkt Stadts. Dippel, die monierten Lohn-  
sätze erscheinen nur äußerlich als zu hoch. Stadtverordneter  
Wolff sei zu lange im Felde gewesen und deswegen über  
die Verhältnisse in der Heimat zu wenig orientiert. Was  
Stadts. Everts gesagt, erscheine ihm auf der Grundlage  
richtig. Der Abbau der Preise sei aber noch nicht erfolgt,  
weshalb man mit den heutigen Preisen rechnen müsse. Er  
bittet, dem Antrag des Magistrats zuzustimmen.

Stadts. Schlottner bemerkt, es sei ohne weiteres  
klar, daß die Notstandsarbeiten nicht zu den seiner Zeit  
bewilligten Löhnen ausgeführt werden könnten. Die vor-  
geschlagenen Lohnsätze müßten schon deshalb anerkannt  
werden, weil sie im ganzen Kreis gezahlt würden. Nach  
den Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge, wären  
70 Prozent der seither von den Arbeitern bezogenen Löh-  
nen zu zahlen. In Betracht kämen Leute, die bisher einen  
Tagelohn von 10 Mark erhalten hätten.

Stadts. Behle erwidert, die ganze Diskussion wäre  
überflüssig gewesen, wenn Stadts. Schlottner seine Er-  
klärung gleich abgegeben hätte.

Stadts. Dr. Wolff muß dabei verharren, die Ueber-  
weisung der Vorlage an die Kommission zu beschließen.  
Die 70prozentige Gewährung des seitherigen so hohen  
Lohnes, könne doch nur z. B. bei Munitionarbeitern er-  
schwerend ins Gewicht fallen. Bei Arbeitern, die seither  
beim Militär waren, treffe diese Voraussetzung nicht zu.

Nachdem Bürgermeister Feigen noch einige auf-  
klärende Worte über die Bestimmungen, bezw. Sätze der  
Erwerbslosenfürsorge gesprochen hatte, wird der erste  
Teil des Magistratsantrags, den städtischen Arbeitern den  
bisherigen zehnstündigen Lohn auch für den Achtstun-

tag zu gewähren, angenommen, und die vorgeschlagenen  
Lohnsätze, dem Antrag des Stadts. Dr. Wolff entsprechend,  
den Vereinigten Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, die Erwerbs-  
losen-Fürsorge betreffend, wird ebenfalls auf An-  
trag an die Vereinigten Ausschüsse verwiesen.

\* **Auszeichnung.** Dem Reallehrer Herrn Emil Do-  
bach, wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

\* **Kreisausschuß.** (Berichtigung des Sitzungsberichts  
vom 2. Dezember.) In den Demobilisationsausschuß  
wurde Landrat v. Marx nicht als Vorsitzender erst ge-  
wählt, denn das ist er bereits gewesen. Bei dem sechsten  
Punkt der Tagesordnung, die Weihnachtspende für Heer  
und Flotte betreffend ist zu lesen: Geschenklisten sollen  
den Gemeinden (statt Geber) zum Erwerb und zur Ver-  
teilung angeboten werden.

1. **Demobilisierte und entlassene Wehrpflichtige im be-  
setzten Gebiete.** Von maßgebender Stelle wird uns folgen-  
des mitgeteilt: „Nach Feststellung der deutschen Waffen-  
stillstandskommission können sich alle ordnungsmäßig demo-  
bilisierten und entlassenen Wehrpflichtigen in dem vom  
Feinde besetzten Gebiet ohne Gefahr der Internierung  
aufhalten, wenn sie vor dem Kriege dort ihren Wohnsitz  
hatten. Wehrpflichtige Zivilbeamte verbleiben ohne Rück-  
sicht auf den Zeitpunkt ihrer Wohnsitznahme im besetzten  
Gebiet im Dienst.“

\* **Die Postsperrre** für gewöhnliche Briefsendungen nach  
der Rheinpfalz ist aufgehoben.

\* **Der Weihnachtspostverkehr.** Vom 16. bis 24. De-  
zember treten im Paketverkehr einige Einschränkungen ein.  
Pakete mit Wertangabe werden zur Beförderung nur an-  
genommen, wenn sie, abgesehen von Mitteilungen über  
den Inhalt, ausschließlich Bargeld, Wertpapiere, Urkun-  
den, Gold, Silber, Edelsteine u. dergl. enthalten. Für  
die gleichen Tage werden dringende Pakete und Eilbestel-  
lungen von gewöhnlichen Paketen nicht angenommen. Zur  
Sicherung der pünktlichen Zustellung und zur Vermeidung  
von Störungen im Postverkehr ist die frühzeitige Auf-  
lieferung der Weihnachtssendungen notwendig. Es ist  
zweckmäßig, in den mit dauerhafter Abschrift versehenen  
Paketen eine Abschrift der Aufschrift beizulegen und auf  
der Paketaufschrift den Absender anzugeben. — Post-  
sendungen, die von Arbeitsnachweisen aller Art zur Un-  
terbringung von Erwerbslosen oder Angelegenheiten der  
Demobilisation betreffen, werden unter dem Vermerk  
„Heereslosche“ für die Dauer der Demobilisation ge-  
bührenfrei befördert. Voraussetzung ist, daß die Arbeits-  
nachweise ihre Sendungen mit dem Dienststempel einer  
Reichs-, Staats- oder Gemeindebehörde versehen lassen.  
Ortsbefragungen müssen freigegeben werden.

**Kirchen-Konzerte.**

Freitag, 6. Dez., nachmittags von 4—6 Uhr, Konzert.  
Dirigent: Kapellmeister Oskar Holzer. 1. Ouvertüre zu  
Mignon (A. Thomas). 2. Wein, Weib und Gesang, Wal-  
zer (J. Strauß). 3. Offenbachiana (A. Conradi). 4.  
Blumengefüßter (F. v. Blon). 5. Stücke in Form einer  
Sonate (D. Tschickowsky). 6. Ouvertüre zu Figaros Hoch-  
zeit (W. A. Mozart).  
Abends von 8¼—10 Uhr: Konzert.

**Ämtliche Bekanntmachungen.**

Bad Homburg v. d. H., den 2. Dezember 1918.  
Nach Feststellung der deutschen Waffenstillstandskom-  
mission können sich alle ordnungsmäßig Demobilisierten  
und entlassenen Wehrpflichtigen in dem vom Feinde be-  
setzten Gebiet ohne Gefahr der Internierung aufhalten,  
wenn sie vor dem Kriege dort ihren Wohnsitz hatten.  
Wehrpflichtige Zivilbeamte verbleiben ohne Rücksicht  
auf den Zeitpunkt ihrer Wohnsitznahme im besetzten Ge-  
biet im Dienste.

Es ist leider vorgekommen, daß einzelne Formationen  
wegen Mangel an Personal und Pferdeplegern und auch  
einzelne Soldaten Pferde an die Zivilbevölkerung kurzer-  
hand verkauft haben. Dies ist durchaus unstatthaft.  
Es wird darauf hingewiesen, daß die Ankäufer von  
Pferden und sonstigen Materialien, wenn sie diese von  
solch unverantwortlichen Stellen erworben haben, kein  
Eigentumsrecht an den Gegenständen erwerben, daß sie  
sich vielmehr unter Umständen der Gefahr aussetzen,  
wegen Hehlerei zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Versteigerungen von Pferden haben nur durch verant-  
wortliche Dienststellen zu geschehen, die für Wahrnehmung  
des Staatsinteresses und Abführung der Beträge an die  
Reichskasse verantwortlich sind.

Sollte es wünschenswert und möglich erscheinen in ein-  
zelnen Gemeinden etwa zurückgebliebene Pferde zu ange-  
messenen Preisen zu versteigern, so ist das zuständige  
Kreis- bzw. Landratsamt zu benachrichtigen und die Ge-  
nehmigung des stellv. Generalkommandos — eventuell  
telephonisch — einzuholen.  
Die Kreis- und Landratsämter pp. werden ersucht, die  
unterstellten Behörden entsprechend anzuweisen und zu  
veranlassen, daß auch die Bevölkerung gehörige Kennt-

nis davon erhält, daß der Anlauf von Pferden und Ma-  
terialien bei unverantwortlichen Stellen oder einzelnen  
Soldaten unerlaubt und insoweit nicht rechtsverbind-  
lich und gefahrvoll ist.

Frankfurt a. M., den 30. Nov. 1918.

Im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates:  
Das stellv. Generalkommando 18. Armee Korps:  
von Studnik, Generalmajor.

Bad Homburg v. d. H., 4. 12. 18.

Wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Für den Vollzugausschuß des Kreises. Der Landrat.  
Kintelen. v. Marx.

Unter Bezugnahme auf meine Verfügung vom 21. vor-  
Mts. N. N. 1. 7505 betr. Stärkung des Arbeitsmarktes  
durch öffentliche Arbeiten und Aufträge bei einer be-  
schleunigten Demobilisation ersuche ich die rückständigen  
Gemeindebehörden um umgehenden Bericht.

Bad Homburg v. d. H., den 3. 12. 1918.

Für den Vollzugausschuß des Kreises. Der Landrat.  
Kintelen. v. Marx.

**Warnung.**

Die Einwohnerschaft wird hiermit dringend ermahnt, sich jeder  
Ausbreitung und sonstiger die allgemeine Ruhe und Sicherheit gefähr-  
denden Handlungen zu enthalten.

Zu widerhandlungen, insbesondere Gewalttätigkeiten und Blünder-  
ungen werden in allen Fällen auf das Strengste geahndet.

Bad Homburg v. d. Höhe, den 5. Dezember 1918.

Der Arbeiterrat. Polizeiverwaltung.

**Ablieferung der Kartoffel-  
bezugscheine.**

Es sind noch eine Anzahl Kartoffelerzeuger mit der Ablieferung der  
Kartoffelbezugscheine nach § 15 der Verordnung des Kreisausschusses

betr. die Sicherstellung und Versorgung der Bevölkerung des Obertau-  
nuskreises mit Kartoffeln vom 18. September 1918 (Kreisblatt Nr. 121)  
im Rückstande.

Sie werden hierdurch aufgefordert, die Bezugscheine sofort, spä-  
testens bis zum 7. ds. Mts. mit der Unterschrift des Verkäufers sowie  
des Käufers versehen, an uns abzuliefern, widrigenfalls die auf die Be-  
zugscheine verkauften Mengen nicht in Ansatz gebracht werden. Außer-  
dem wird auf die Strafbestimmungen der Verordnung hingewiesen.

Ferner sind die etwa noch im Besitz der Kartoffel-Erzeuger befind-  
lichen städtischen Kartoffelkarten abzuliefern.

Bad Homburg, den 5. Dezember 1918.

Der Magistrat. Der Arbeiterrat.  
Lebensmittelversorgung.

Für die Zeit der Truppendurchmärsche wird die **Polizeistunde** im Ober-Taunuskreise auf **9 Uhr abends** festgesetzt. Der Ausschank von Branntwein und Wein während der Zeit der Truppendurchmärsche wird **verboten**. Versammlungen dürfen über 9 Uhr hinaus tagen unter der Voraussetzung, daß nach 9 Uhr abends keine alkoholischen Getränke verabfolgt werden. Der Betrieb der Theater und Kinos bleibt vorläufig unberührt. Die Aufhebung dieser Bestimmung wird seinerzeit bekannt gegeben.

Berlin, den 28. November 1918.

Bad Homburg v. d. Höhe, den 3. 12. 18.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises. Vorstehende Anordnung ist auf ortsübliche Weise sofort zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Die Gast- und Schankwirte sind besonders auf genaueste Einhaltung der Bestimmungen zu verpflichten.

Für den Vollzugsausschuß des Kreises.  
gez. Mintelen.

Der Landrat.  
v. Marx.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Bad Homburg v. d. Höhe, den 4. Dezember 1918.

Der Arbeiterrat.  
Schmid.

Polizeiverwaltung.  
Lübke.

Vom Felde zurück, habe meine Praxis  
wieder aufgenommen.

Telefonanschluß werde später veröffentlichen.

**Tierarzt Dr. Ludwig Cost**

Bad Homburg

Höhestraße 10 part.



**Häckselmaschinen  
Rübenschneider  
Dreschmaschinen**

sind

im **Werk Mainkur** vorrätig

und empfehlen wir Abholung durch Fuhrer solange der Güterverkehr gesperrt ist.

**Ph. Mayfahrt & Co.,**  
Frankfurt a. M.



Schutzmarke

An der Spitze steht

Dr. Wentners Delwachslederputz

**Nigrin**

denn er entspricht allen Anforderungen:

Er ist wasserfesten Hochglanz, macht das Leder weich, wasserfest und dauerhaft, verdirbt auch bei strengster Kälte nicht.

Hersteller auch des besten Parkettbodenwaches „Roberin“

Carl Wentner, Göttingen.

**Landesbank Hessische eone. Landesbank**

Bad Homburg v. d. Höhe — Lionenstrasse 66.

gegründet 1855.

Wer sich ein Bankkonto errichtet und mit Scheck zahlt, fördert den bargeldlosen Zahlungsverkehr und nützt dadurch der Allgemeinheit, wie sich selbst. Die Einschränkung des Banknotenumlaufs liegt im vaterländischen Interesse.

**Eröffnung von laufenden Rechnungen und provisionsfreien Scheckkonten.**

Das jeweilige Guthaben wird zu angemessenen Tagessätzen verzinst. Schecks sind stempelfrei. — Scheckhefte und Ueberweisungsformulare werden von uns kostenlos verabfolgt. — Schecks auf unsere Bank werden an allen grösseren deutschen Plätzen nach Prüfung gebührenfrei eingelöst.

**Annahme von Spareinlagen**

Verzinsung zu günstigsten Bedingungen, je nach Kündigungsfrist.

**Vermietung von Schrankflächern**

in unserer feuer- u. diebes-sicheren Stahlkammer.

Beratung bei Anlage von Geld oder Wertpapieren. — Vermögensverwaltung — Ausführung aller bankgeschäftlichen Transaktionen.

**Blütenweisse**

**St o c k f i s c h e**

eingetroffen.

Fischhandl. Lautenschläger.

**Bad Homburg v. d. H.**

(Neutrales Gebiet.)

Damen finden im Schweizersternheim vom Roten Kreuz Bad Homburg Ferdinandstraße 1 (Fernruf Nr. 753) Wohnung und volle Verpflegung zu mäßigen Preisen. Ruhige Lage am Kurpark.

**Wohnhaus**

enthaltend 7 Zimmer, Küche und 4 Mansarden, zum 1. Oktober zu vermieten oder zu verkaufen.

Zu erfragen: Geschäftsstelle des Blattes.

Gottesdienst der israelitischen Gemeinde.  
Samstag, den 7. Dezember.

Vorabend	4 1/2 Uhr
Morgens	9 Uhr
Nachmittags	4 Uhr
Sabbatende	5 1/2 Uhr

An den Werktagen.

Morgens	7 Uhr
Abends	4 1/2 Uhr

**Oeffentliche Vorträge**  
über die Bedeutung der religiösen u. sittlichen Kräfte für die Neubelebung unseres Volkstums.

In der Erlöserkirche Sonntags nachmittags 5 1/2 Uhr

II. (am 8. Dezember)

Das deutsche Volkstum in seiner geschichtlichen Eigenart und unzerstörbaren Grösse.

III. (am 15. Dezember)

Das Christentum in seinem Verhältnis zu Krieg und Frieden.

IV. (am 22. Dezember)

Die Aufgaben der christlichen und deutschen Frau in der Familie u. neuen Staatsordnung.

Zur Abhaltung der vorstehenden Vorträge hat sich Pfarrer a. D. Julius Werner bereit erklärt. Im neuen Jahre soll die Vortragsreihe mit anderen Rednern fortgesetzt werden.

**Der Kirchenvorstand.**

L. A. Dekan Holzhausen.